

Zum Buch

von Ulrich Menzel: Die Steigbügelhalter und ihr Lohn

Hitlers Einbürgerung in Braunschweig als Weichenstellung auf dem Weg zur Macht und die Modernisierung des Braunschweiger Landes.

Hrsg. vom Braunschweiger Geschichtsverein. Braunschweig, 2020.

Braunschweig spielte ab 1930 eine besondere Rolle für den Aufstieg von Hitler und der NSDAP. In Braunschweig gab es die einzige Regierung reichsweit, in der die NSDAP ab 1930 dauerhaft mitregierte (nachdem die erste Koalitionsregierung in Thüringen gescheitert war). Dadurch wurden in Braunschweig Prozesse möglich, die reichsweit einzigartig waren und in vieler Hinsicht ein Modell für die Reichspolitik in Berlin bildeten.

Im Mittelpunkt steht dabei die Einbürgerung von Hitler 1932 in Braunschweig, die nur hier möglich war. Erst dadurch konnte er an der Wahl zum Reichspräsidenten 1932 gegen Hindenburg antreten und später Reichskanzler werden. Diese Geschichte, die sich in Braunschweig abspielte, ist fast ein Krimi – und um ein Haar wäre die Staatsbürgerschaft abgelehnt worden. Dann hätte die deutsche Geschichte eine andere Entwicklung genommen. Der legalistische Weg über Wahlen wäre für Hitler zunächst nicht mehr gangbar gewesen.

Über diese Ereignisse ist wenig bekannt und selbst in den bekannten Hitler-Biographien findet sich wenig (bis gar nichts) dazu. Diese Lücke schließt nun Ulrich Menzel in seinem Buch, das manchmal abenteuerliche Züge annimmt. Nicht weil der Autor so spannend schreibt, sondern weil die Ereignisse in Braunschweig so dramatisch sind. Das Buch erscheint so fast als Pflichtlektüre, um die Ereignisse in Deutschland von 1930-1933 besser verstehen zu können. Und die „abenteuerlichen“ Ereignisse um die Frage der Staatsangehörigkeit haben ein Nachspiel, das auch nach 1933 noch Auswirkungen hat.

Hitler war staatenlos – von 1925 bis 1932. Erst sollte er in Thüringen eingebürgert werden. Das klappte nicht, daran zerbrach die Koalition. Der zweite und wichtige Versuch war in Braunschweig. Erst sollte er an der TU Professor werden, aber die Universität wehrte sich – erfolgreich. Dann sollte er in der Braunschweiger Botschaft in Berlin angestellt und Beamter werden. Dazu gab es viele Klippen. Schließlich gelang es, nachdem Hitler, Göring und andere des öfteren in Braunschweig waren. Am 25.2.1932 wurde er dann zum „Regierungsrat“ ernannt. Als Braunschweigischer Beamter erhielt er damit automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit und konnte einige Tage später als Kandidat gegen Hindenburg bei der Wahl zum Reichspräsidenten antreten.

Die Tätigkeit – die er aber letztlich nicht ausübte – war in Berlin. Zunächst musste er aber einen Wohnsitz dazu in Braunschweig haben. So war er dann als Untermieter beim NSDAP-Landtagspräsidenten Zörner in Braunschweig Hohetorwall 7 angemeldet. Neben seinen Wohnungen in München und Berlin wurde es nun für das Finanzamt schwierig...

„An den Schriftsteller Adolf Hitler, München

Das Braunschweigische Staatsministerium hat beschlossen.

*Sie werden mit Wirkung vom heutigen Tage unter Berufung in das Beamtenverhältnis zum
Regierungsrat*

*ernannt (Besoldungsgruppe A IIb). Das Besoldungsdienstalter wird auf den Tag der
Ernennung zum Regierungsrat festgesetzt.*

Braunschweig, den 25. Februar 1932

*Das Braunschweigische Staatsministerium
gez. Dr. Küchenthal gez. Klagges“*

Das Ganze war nicht nur eine „Provinzposse“, wie es später Harald Duin in der Braunschweiger Zeitung (2020) schreibt. Vielleicht auch. Aber es war mehr. Durch die besondere Konstellation in Braunschweig wurde in den entscheidenden Jahren 1930-1933 eine Weichenstellung vollzogen, die massive Auswirkungen auf die gesamte Reichspolitik hatte.

In Braunschweig konnten wegen der Regierung aus NSDAP und bürgerlichen Parteien die ersten großen Aufmärsche reichsweit stattfinden, weil nur hier das Uniform- und Aufmarschverbot, das reichsweit galt, aufgehoben worden war. So konnte es im Oktober 1931 zur Bildung der „Harzburger Front“ mit großen Aufmärschen und eine Woche später zum Aufmarsch von 100 000 SA-Leuten in Braunschweig kommen. Und nur hier konnte Hitler eingebürgert werden. Nur Goebbels schreibt in seinen Tagebüchern mehrfach darüber – sehr vorsichtig – weil es einer der heikelsten Punkte in Hitlers Biographie war.

Hitler zeigte sich später erkenntlich, indem es für die Braunschweiger Industrie einen enormen Modernisierungsschub gab, mit dem VW-Werk, den Reichswerken Hermann Göring in Salzgitter usw.

In Braunschweig hätte diese Entwicklung aber noch gestoppt werden können. Welche Folgen das für die Reichspolitik gehabt hätte, sind kaum auszumalen. Auf jeden Fall hätte Hitler weder das aktive noch das passive Wahlrecht gehabt. Auf jeden Fall wäre die Geschichte anders verlaufen...

Erstaunlich ist nur, wie wenig die besondere Rolle in dieser Phase der Geschichte Erwähnung findet. Auch darüber schreibt Ulrich Menzel:

„Dies ist kein weiteres Buch über Hitler. Allenfalls ist es ein Buch über einen wesentlichen Aspekt seiner Biographie, der in allen großen Hitler-Monographien ausgeblendet wird. Hier geht es vielmehr um dessen Steigbügelhalter – nicht nur in München oder in Berlin, sondern auch in der Braunschweiger Provinz. Der Freistaat Braunschweig spielte seit Herbst 1930 eine in der Literatur fast gänzlich unbeachtete Rolle für den Aufstieg der NSDAP, als dort im Anschluss an die mit der Reichstagswahl abgehaltene Landtagswahl die nach Thüringen zweite Koalitionsregierung auf Landesebene zwischen bürgerlichen Parteien und NSDAP gebildet wurde. Diese Regierungsbeteiligung lieferte den entscheidenden Hebel für Hitlers steile politische Karriere, die sich mit der seiner Kandidatur für die Wahl zum Reichspräsidenten im Frühjahr 1932 beschleunigte und ihn Ende Januar 1933 in die Reichskanzlei führte. Die Monate Januar/ Februar 1932 markieren die entscheidende Weichenstellung, als das kleine Land für etliche Wochen große politische Aufmerksamkeit erfuhr und selbst die überregionale Presse nahezu täglich darüber berichtete, ob und wie der staatenlose Hitler im Freistaat Braunschweig die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten werde, um gegen Hindenburg kandidieren zu können. Aufgrund einer Besonderheit im Staatsangehörigkeitsgesetz war Hitlers Einbürgerung nur noch in Braunschweig möglich, nachdem die andere Koalitionsregierung mit Beteiligung der NSDAP in Thüringen Anfang April 1931 über dieser Frage zerbrochen war.

Es geht aber nicht nur um die Zeit von der Koalitionsbildung Ende September 1930 bis zum Frühjahr 1932, sondern auch um die „kleine Machtergreifung“ in Braunschweig, um die Radikalisierung, die Ausschaltung der politischen Gegner auf der Linken wie auf der Rechten

und sogar des moderaten Flügels innerhalb der NSDAP. Es geht ferner um den Lohn, den Hitlers Steigbügelhalter durch Beförderung oder Protektion gegen die Drangsalierung von Seiten politischer Gegner erhalten haben und nicht zuletzt darum, welchen Lohn der Freistaat insgesamt, die Region Wolfsburg bis Salzgitter, in Form eines außerordentlichen Modernisierungsschubs kassierte für den Dienst, den Land und Leute Hitler geleistet haben. Das Volkswagenwerk und die dazugehörige Stadt des KdF-Wagens (heute Wolfsburg) bzw. die Reichswerke Hermann Göring und die zugehörige „Hermann Göring Stadt“ (heute Salzgitter- Lebenstedt), die nicht so heißen durfte, sind nur die prominentesten Beispiele. Hitler hat sich mehrfach dankbar gezeigt, sogar die Selbständigkeit des kleinen Landes, das seit 1933 in einer Provinz Niedersachsen aufgehen sollte, garantiert, weil Braunschweig ihn von seinem Makel der Staatenlosigkeit befreit hat, der sich nicht mit seinem Anspruch als „Führer“ vereinbaren ließ und seine weitere Karriere erst ermöglichte. Daher der Titel ‚Die Steigbügelhalter und ihr Lohn‘.“ (Menzel, S.9)

Udo Dittmann (Juli 2021)